

DISCUSSION PAPER

Juni 2019

Sophie Pornschlegel

Fünf Thesen für die Demokratie von morgen

Brexit, „Fridays for Future“, Gelbwesten - die Demokratie gerät angesichts aktueller gesellschaftlicher Konflikte und Herausforderungen immer mehr unter Druck. RechtspopulistInnen gewinnen in ganz Europa an Stimmen, gesellschaftliche Interessen werden in der Politik mangelhaft repräsentiert und das Vertrauen in die Politik schrumpft.

Wie kann man den sozialen Zusammenhalt wiederherstellen? Wie kann Demokratie wieder zu einem Zukunftsprojekt werden, an dem alle teilhaben können und wollen? Und welche Schritte sind dazu notwendig?

Projektmanagerin Sophie Pornschlegel stellt fünf Thesen auf, wie wir die Demokratie von morgen gestalten können¹:

- 1. Demokratie braucht eine wertegeleitete Zivilgesellschaft**
- 2. Demokratie braucht Generationengerechtigkeit**
- 3. Demokratie braucht Orte der Begegnung**
- 4. Demokratie braucht sozialen Zusammenhalt**
- 5. Demokratie braucht politisches Engagement**

1. Dieses Papier basiert auf einem Vortrag zu gesellschaftspolischem Engagement, der im Dezember 2018 gehalten wurde.

Einleitung

Unsere Demokratie droht an immer größer werdenden Interessenkonflikten zu zerreißen. Beispiel Umwelt: Die „Fridays for Future“-Proteste oder die Diesel-Fahrverbote in Innenstädten und die Rolle der deutschen Umwelthilfe waren in letzter Zeit verstärkt Thema von öffentlichen Diskussionen. Der Strukturwandel und die Braunkohle spalten zunehmend unsere Gesellschaft - und die Politik. Dabei geht es in erster Linie darum, einen **Ausgleich** zwischen den divergierenden Interessen zu finden: Die der Wirtschaft und der Arbeitgeber, der Braunkohlearbeiter und der Arbeitnehmer sowie der UmweltaktivistInnen. Eine schwierige Aufgabe, vor der die Politik steht. Fest steht, dass ein demokratischer Kompromiss gefunden werden muss.

Auch in **Frankreich** finden ähnliche Debatten statt, etwa anlässlich der Proteste der sogenannten Gelbwesten seit Anfang November 2018, die eine Rücknahme der Mineralölsteuer forderten. Der Grund für die anhaltenden Proteste war der Wunsch nach einer fairen Steuerpolitik, die die Franzosen aus ländlichen Regionen nicht bestraft. Die französische Regierung steht somit – ähnlich wie die deutsche Bundesregierung – vor der Herausforderung, sozial verträgliche und gleichzeitig umweltfreundliche Besteuerungsmaßnahmen zu schaffen.

Viele europäische Demokratien stehen vor der gleichen Aufgabe: Wir müssen Antworten finden auf die großen Herausforderungen der **Zukunft** wie beispielsweise den Klimawandel oder den technologischen Wandel. Bisher fehlen dafür die politischen Antworten. Das hängt auch damit zusammen, dass unser politisches System reformiert werden muss, um diese Antworten überhaupt zu ermöglichen.

Unser **politisches System** wurde nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut mit Hilfe eines Grundgesetzes – vor dem Hintergrund der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus und des millionenfachen Leids des Zweiten Weltkriegs. Das Grundgesetz ist die größte politische Errungenschaft, die es in Deutschland gibt – und der wir verpflichtet sind. Doch da sich jede Gesellschaft entwickelt und wandelt, haben wir die Aufgabe, diesen Wandel auch im politischen System demokratisch zu begleiten. Dies bedarf immer wieder neuer Anstrengungen.

Dafür muss man sich dauerhaft mit den Denkmustern, politischen Strukturen und Prozessen unserer **Gegenwart** auseinandersetzen – beispielsweise, wie die Deutschen sich repräsentiert fühlen; wie die Parlamente in Europa besser zusammenarbeiten können; oder welche Instrumente es gibt und welche man entwickeln könnte, um eine digitale Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.

In den folgenden Kapiteln werden **fünf Thesen** aufgestellt, was unsere Demokratie braucht, um auch in Zukunft noch ein Modell zu sein, das BürgerInnen zusammenbringt und von diesen als legitim und gerecht angesehen wird.

Doch zunächst ist eine Analyse der aktuellen Herausforderungen notwendig, um darauf aufbauend die richtigen Lösungsansätze zu finden. Bevor fünf Thesen zur Stärkung der Demokratie aufgestellt werden, ist es wichtig, die derzeitigen Herausforderungen des Rechtspopulismus gut zu verstehen und die Rolle einer aktiven Zivilgesellschaft.

I. Rechtspopulismus verstehen, um ihn zu bekämpfen

Die Demokratie ist ein fragiles Konstrukt, das nicht von allein funktioniert. Das wissen wir spätestens seit der Wahl von Donald Trump, dem Brexit und der aktuellen politischen Lage in Polen und Ungarn, aber auch in Frankreich und in Deutschland. Die AfD ist mittlerweile in allen 16 Länderparlamenten vertreten, in Sachsen und Brandenburg haben sie laut aktueller Umfragen realistische Chancen, bei den diesjährigen Landtagswahlen stärkste Kraft zu werden.

„Autoritäre, nationalistische PolitikerInnen kommen nicht von einem Tag auf den anderen an die Macht - sie höhlen die Demokratie Schritt für Schritt aus.“

Autoritäre und nationalistische PolitikerInnen kommen nicht von einem Tag auf den anderen an die Macht. Stattdessen wird Demokratie Schritt für Schritt ausgehöhlt.

Deshalb müssen wir auf die Warnsignale achten und den **Rechtspopulismus verstehen**, um ihn bekämpfen zu können. Im Folgenden werden einige Definitionsmerkmale und „Warnsignale“ des Populismus aufgelistet.

- Populisten definieren das Volk als homogene Einheit – nicht pluralistisch und divers. Wenn bei Demonstrationen „Wir sind *das Volk*“ skandiert wird, dann ist das keine inklusive Form des Volkes, sondern zielt auf Ausgrenzung aller der Menschen, die nicht ins homogene nationale Bild passen. Das birgt eine große Gefahr, denn wer nicht zum Volk gehört, verliert schnell seine Rechte. **Populismus ist antipluralistisch.**
- PopulistInnen ziehen immer eine Linie zwischen dem „Establishment“ und dem „Volk“ und tun dabei so, als gäbe es eine internationale Verschwörung von politischen Eliten gegen den „kleinen Mann“. **Populismus ist antielitär – und greift letztlich die Institutionen an, die vom „Volk“ geschaffen wurden.**
- **Populisten akzeptieren keine Opposition** – und wenn doch, dann versuchen sie alles, um diese Opposition zu diffamieren. So wurde beispielsweise Hillary Clinton von Donald Trump als Kriminelle bezeichnet, obwohl Sie sich nicht strafbar gemacht hatte. Die populistische Kritik an der „falschen Repräsentation“ wird so schnell zur Kritik am politischen System der repräsentativen Demokratie selbst und birgt die Gefahr, unser politisches System zu unterminieren.
- **Hass und Gewalt werden regelmäßig verharmlost;** rassistische und sexistische Äußerungen sowie Beleidigungen werden Teil der politischen Sprache. Man erinnere sich an die Reaktionen der AfD auf die Hetzjagd-Szenen gegen MigrantInnen in Chemnitz im Sommer 2018, aber auch an die des sächsischen Ministerpräsidenten, Michael Kretschmer oder die des damaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen, die den Hass öffentlich relativierten.
- **Populisten verschieben permanent die Grenzen des Sagbaren:** ob mit „neuen-alten“ Begriffen wie „völkisch“ oder mit provokanten Aussagen. So sei laut AfD-Politiker Alexander Gauland der Nationalsozialismus ein „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“. Björn Höcke erklärte das Holocaust-Denkmal zum

„Denkmal der Schande“. Hier werden permanent und sehr bewusst Moral-, Norm- und Geschmacksgrenzen übertreten.

- Es werden **vereinfachte Weltbilder transportiert und Sündenböcke gefunden** – zum Beispiel die Figur „des Flüchtlings“, der zum Sinnbild der importierten Globalisierung und Kriminalität sowie zur Bedrohung der deutschen Nation erklärt wird.
- **RechtspopulistInnen diffamieren die freie Presse** als „Lügenpresse“ und stellen den gesamten Medienbetrieb unter den Verdacht der bewussten Falschinformation. Damit wird jede Diskussion von vornherein entwertet. Gleichzeitig verbreiten PopulistInnen und ihnen nahestehende Medien häufig selbst Fake-News und Verschwörungstheorien.
- Demokratische Wahlprozesse werden in einem letzten Schritt nicht mehr akzeptiert. Stattdessen wollen PopulistInnen die **direkte Demokratie, um dem „Willen des Volkes“ eine Stimme zu geben** – also ein „imperatives Mandat“, nach Möglichkeit allein und ausschließlich das eigene.

Rechtspopulismus entsteht nicht aus dem Nichts. Er nimmt auch nicht aus unerklärlichen Gründen zu, als wäre ein Teil der Bevölkerung über Nacht zu bösartigen NationalistInnen geworden. Rechtspopulismus und autoritäre Strömungen sind ein Symptom einer Reihe von Missständen innerhalb einer Gesellschaft.

- Zuallererst liegt dem Rechtspopulismus ein **tiefes Misstrauen gegenüber den politischen Eliten** und Politikverdrossenheit zugrunde, das aus dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber politischen Entscheidungsprozessen rührt.
- Rechtspopulismus wird begünstigt durch die **Apathie von BürgerInnen**, die „wegschauen“ statt sich gegen die populistischen Vereinfachungen und Verschwörungstheorien zu wehren. Oft entsteht diese Haltung aus verschiedenen Gründen, u.a. Verdrossenheit und Angst sowie ein Rückzug ins Private. Sowohl kulturell als auch wirtschaftlich wird der Wandel sichtbar – und wird von RechtspopulistInnen für die eigenen Zwecke genutzt.

- Er beruht auf **Unsicherheiten und Ängsten**, die durch den schnellen und tiefgreifenden Wandel unserer Gesellschaft entstehen – durch Globalisierungsprozesse, Digitalisierung, Migration und Klimawandel, aber auch durch einen Wertewandel, der das konservative Gesellschaftsbild erschüttert hat.
- Man sollte sich auch nicht über die Ziele der RechtspopulistInnen täuschen. Diese haben ein sehr **klares machtpolitisches Zukunftsprojekt**: Sie wollen (und versprechen) eine „konservative Revolution“. Die AfD glaubt in der Tat, dass ihr die nationale Zukunft gehört, ganz im Gegensatz zu anderen Parteien im demokratischen Spektrum, denen ein bisschen mehr Selbstbewusstsein nicht schaden würde.
- RechtspopulistInnen haben es in ihrer politischen Praxis einfacher als andere, weil sie **permanent Komplexität reduzieren** und vorgeben, immer zu wissen, wer woran schuld ist. Angesichts einer unübersichtlichen, komplizierten und volatilen Weltlage scheinen deshalb die Vereinfachungen besonders attraktiv für WählerInnen, die sich nach verständlichen Erklärungen sehnen.
- Zuletzt basiert der Aufstieg des Rechtspopulismus auch auf die mangelnden Ergebnisse des politischen Systems und die mangelnde Repräsentation der BürgerInnen.

II. „Engagement stärken“ heißt nicht automatisch „Demokratie stärken“

Rechtspopulistische Bewegungen sind keine Randerscheinungen mehr. Sie haben in anderen Ländern gezeigt, dass sie Mehrheiten mobilisieren können. Sie sind in der Lage, politische Konflikte in unserer Gesellschaft zu dominieren und haben erheblichen Einfluss auf die Handlungsfähigkeit der Politik. So stützt sich die AfD auf ein Netzwerk an neuen **rechten Bewegungen** in Deutschland und pflegt beispielsweise enge Verbindungen mit der rechtsnationalen Protestbewegung PEGIDA. Auch im Ausland sieht man, dass rechtsnationale Parteien wie UKIP, PiS, Fidesz, Lega Nord und der Rassemblement National über Jahre hinweg das Thema Migration als Bedrohung dargestellt

haben und somit erheblichen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung - und letztlich auch auf die Politik - der jeweiligen Länder hatten.

Darüber hinaus sind rechtspopulistische Akteure dabei, hart erkämpfte Freiheitskonzepte und Rechte neu zu definieren. So präsentiert sich die rechtsextreme Bewegung „120 db – Der wahre Aufschrei“ als „feministische Organisation gegen importierte Gewalt“. Hinter dem Feminismus verbirgt sich jedoch nichts anderes als handfester Rassismus, der im Gewand des Fortschritts verkauft wird. Ein weiteres Beispiel ist die Identitäre Bewegung, eine transnationale rechtsextreme Bewegung, die vorgibt, Europa schützen zu wollen, dabei aber sämtliche europäische Grundwerte mit Füßen tritt. An die Stelle von universalen Menschenrechten, Offenheit und Toleranz werden Hass, Ausgrenzung und Intoleranz gesetzt.

Die US-amerikanische Wissenschaftlerin Sheri Berman hat zur Weimarer Republik geforscht. Sie stellte fest, dass diese letztlich nicht an der Schwäche der **Zivilgesellschaft** gescheitert ist, sondern an ihrer Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten. Den Nationalsozialisten ist es gelungen, Veteranenvereine wie den „Stahlhelm“ und andere patriotische Vereinigungen für sich zu nutzen und in ihrem Sinne zu manipulieren. Natürlich ist der politische Kontext der Weimarer Republik nicht mit der aktuellen Lage zu vergleichen - und doch können wir aus der Geschichte lernen. So spricht der deutsche Politikwissenschaftler Egdar Grande von den „Schattenseiten der Zivilgesellschaft“ und warnt davor „jedwede Form des Engagements als per se demokratiefördernd zu verstehen.“

„Wir müssen auf die Qualität des Engagements achten und genau hinschauen, welche Werte wo und wie vertreten werden.“

Die Schlussfolgerung, die man daraus ziehen muss, lautet: Es reicht nicht aus, Engagement als solches zu stärken, um Demokratie zu stärken. **Engagement** ist nicht automatisch gut. Auch Pegida ist Teil der Zivilgesellschaft. Es kommt nach wie vor auf das Ziel des Engagements an. Wir dürfen uns deshalb nicht darauf verlassen, dass es der Demokratie automatisch gut geht, wenn es viel

zivilgesellschaftliches Engagement gibt. Wir müssen auf die Qualität des Engagements achten - und genau hinschauen, welche Werte vertreten werden.

III. Fünf Thesen für eine starke Demokratie

Wer Rechtspopulismus effektiv bekämpfen möchte, darf sich nicht darauf beschränken, die Vorteile der aktuellen demokratischen Strukturen zu verteidigen. Vielmehr müssen wir die **Qualität unserer Demokratie** in Frage stellen und pro-aktiv Reformprozesse einleiten, die dazu führen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht weiter erodiert. Dafür ist ein Erhalt des Status Quo nicht nützlich, sondern eine Haltung notwendig, die strukturellen Wandel erlaubt und den gesellschaftlichen Realitäten entspricht. Nur so können die Werte der Demokratie langfristig verteidigt werden. Im Folgenden werden fünf Thesen aufgestellt zu den Grundlinien, die in den Fokus genommen werden sollten, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie nachhaltig zu stärken.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann und darf nicht durch Erniedrigung anderer, durch gemeinsamen Hass und Angst entstehen - und auch nicht durch die Ausgrenzung anderer.“

THESE 1: DEMOKRATIE BRAUCHT EINE WERTEGELEITETE ZIVILGESELLSCHAFT

Natürlich darf der Staat nicht vorgeben, was die Gesellschaft zusammenhalten soll. Eine Demokratie kann ihren BürgerInnen nicht vorschreiben, welche Musik sie hören, welche Filme sie schauen, welche Bücher sie lesen sollen. In der Demokratie kann es keine verordnete Kultur geben, aber Gesetze und Regeln, die das Zusammenleben aller BürgerInnen in ihrer kulturellen Unterschiedlichkeit gewährleisten. Vor allem aber gilt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann und darf nicht durch Erniedrigung anderer, durch gemeinsamen Hass und Angst entstehen - und auch nicht durch die Ausgrenzung anderer.

Was der Staat verteidigen kann und muss, sind die Grundpfeiler unserer pluralistischen Demokratie: Meinungs- und Religionsfreiheit und den Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der Herkunft, des Alters oder der sexuellen Orientierung oder Identität. Gegenüber Rechtsextremismus und religiösem Fundamentalismus, die genau diese Grundpfeiler massiv angreifen, kann der Staat deswegen nicht neutral sein. Er muss hier klare Grenzen setzen.

In der Praxis ist die Umsetzung jedoch komplexer, gerade wenn sich die **Konfliktlinien innerhalb einer Gesellschaft** neu ordnen, wie es augenblicklich der Fall ist.

- Bei den Diskussionen um die Zuwanderung wird deutlich, dass der neue Konflikt verläuft zwischen denen, die eine offene Gesellschaft wollen und diese als Gewinn begreifen, und jenen, die damit Verlustängste verbinden und für mehr Abgrenzung eintreten.
- In diesem Zusammenhang kann man einen Wandel in den Ansichten darüber beobachten, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Früher waren es noch anonyme Instanzen wie der Kapitalismus oder die soziale Ungleichheit, die für die Missstände verantwortlich gemacht wurden. Heute steht der Vorwurf im Raum, dass die „Öffnung der Grenzen“ (also die Wahrung des Schengen-Raums) einen grundlegenden Angriff auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstelle - vor allem, weil Geflüchtete als eine kulturelle und soziale Bedrohung wahrgenommen werden.

Diese neue gesellschaftliche Konfliktlinie macht es schwieriger, eine wertegeleitete Zivilgesellschaft zu stärken. Dennoch gibt es einige Ansätze:

Auf **gesellschaftlicher Ebene** sollten (und müssen) wir verstärkt darüber streiten, was uns wichtig ist. Und wir müssen uns fragen: Wie können wir uns alle gegen eine zunehmende Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft einsetzen und gleichzeitig demokratische Werte und den Pluralismus verteidigen?

Auf der **individuellen Ebene** bedeutet das: Wir müssen die Balance finden zwischen einer klaren, offenen Haltung und zivilen Umgangsformen. Eine Organisation gegen Rechtsextremismus, Kleiner Fünf, nennt diese Position

„**radikale Höflichkeit**“: Wir müssen respektvoll miteinander sprechen, aber Hass entschieden zurückweisen und diesbezüglich klare Grenzen setzen.

THESE 2: DEMOKRATIE BRAUCHT GENERATIONENGERECHTIGKEIT

In Deutschland sind **junge Menschen eine Minderheit** und ihre politische und gesellschaftliche Repräsentation dementsprechend gering. Erst mit der Bundestagswahl und dem Hashtag #DieseJungenLeute wurden die Interessen der Jugend in der Öffentlichkeit besprochen. Viel mehr Aufmerksamkeit gibt es seit Anfang des Jahres 2019 dank der „Fridays for Future“-Proteste, die auf Initiative der schwedischen Klima-Aktivistin Greta Thunberg in verschiedenen europäischen Ländern stattfanden. Allerdings wird die Berichterstattung oft von einem paternalistischen Unterton begleitet und dem Hinweis, dass die Schulpflicht doch wichtiger sei.

Wenn wir wollen, dass junge Menschen sich (politisch) beteiligen, dann dürfen wir das nicht isoliert betrachten. Diese Frage hängt unmittelbar mit anderen Fragen zusammen: Haben junge Leute Hoffnung, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft noch gebraucht zu werden? Haben Sie Gewissheit, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht erodieren, sondern auch für sie noch Sicherheit bieten? Glauben Sie daran, dass die demokratischen Institutionen ihre Interessen wirklich vertreten können?

Es besteht durchaus die Gefahr, große Teil der Jugend politisch zu verlieren, wenn wir nicht bald etwas ändern. Das heißt auch: Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte über einen generationenübergreifenden, **nachhaltigen Gesellschaftsentwurf**.

Eines der größten Probleme besteht unter anderem darin, dass die heutigen EntscheidungsträgerInnen Politik hauptsächlich für die älteren Generationen gestalten, die eine Mehrheit in Deutschland darstellen. Die Jahrgänge 1955 bis 1970 sitzen am längeren Hebel. Statt sich über eine neue Politik von morgen Gedanken zu machen, ist ihre größte Sorge der Machterhalt in der Gegenwart. Thematisch sieht das dann so aus: Zukunftsweisende Debatten sowie Ideen und Gestaltungsvorschläge für die Bereiche Digitalisierung, Europa, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sind Mangelware.

Stattdessen wird in TV-Talkshows in Dauerschleife – als ob es das einzige Problem wäre – über den Islam und die Integrationswilligkeit von Syrern diskutiert.

Sicher sind der Islam und Integrationsprobleme relevante Gesprächsgegenstände, aber es sind nicht die wichtigsten. Mit ihnen wird keine einzige der wesentlich dringlicheren **Strukturfragen** gelöst: nach der Zukunft der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter; der Verrohung und Privatisierung der Öffentlichkeit; der künftigen Sozial- und Familienpolitik, der Arbeitslosigkeit, der Rentenpolitik. Die Babyboomer dominierten in den letzten Jahren nicht nur die politischen Schlüsselpositionen, sondern auch die Öffentlichkeit.

Wenn sich junge Menschen politisch nicht mehr engagieren, dann auch deswegen, weil sie sich unterrepräsentiert fühlen – zumindest in den traditionellen Strukturen. Sie engagieren sich immer seltener in politischen Parteien, weil diese nicht mehr zeitgemäß sind. Das ist problematisch, weil Parteien in Form von Interessenaggregation und politischer Meinungsbildung eine ganz entscheidende Rolle in der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft spielen.

„Der Hauptansatz einer generationengerechten Politik besteht darin, eine breite gesellschaftliche und politische Koalition für die Interessen der Jüngeren zu schaffen.“

Junge Menschen brauchen ein stärkeres Gefühl, aktiv partizipieren und gestalten zu können. Man muss ihnen zuhören und vor allem auch Verantwortung und Handlungsräume geben. Sie müssen **mitbestimmen**. Gerade bei Zukunftsfragen wie Europa, Migration oder Digitalisierung wäre es wichtig, dass junge Stimmen Gehör finden. Junges Engagement braucht eine wesentlich breitere politische Unterstützung als bisher. Langsam scheint es auch die Politik erkannt zu haben. Man kann nur hoffen, dass die derzeitige Mobilisierung der Jugend nicht nur als Trendercheinung wahrgenommen wird, sondern ernst genommen wird und ein politischer Wandel stattfindet.

Der Hauptansatz einer generationengerechten Politik besteht also darin, eine breite **gesellschaftliche und politische Koalition für die Interessen der Jüngeren** zu schaffen. „Junge Politik“ ist kein eigenständiger Politikbereich. Sie sollte bei allen wichtigen Themen mitbedacht werden: bei der Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Rentenpolitik.

Derzeit wird Generationengerechtigkeit von einigen Parteien als Argument genutzt, um für eine Rentenprivatisierung einzutreten. Vielmehr sollten Parteien, Bundesregierung und die Öffentlichkeit alle Politikbereiche stärker aus dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit betrachten und eine Debatte anstoßen, wie eine nachhaltige, generationengerechte Politik aussehen soll.

THESE 3: DEMOKRATIE BRAUCHT ORTE DER BEGEGNUNG

Für eine funktionierende Demokratie braucht es Orte, an denen BürgerInnen unabhängig von ihrer Herkunft miteinander in Kontakt treten und andere Menschen kennenlernen können. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist dafür ein perfektes Beispiel: Der Staat setzt die Rahmenbedingungen, damit sich BürgerInnen entfalten und weiterentwickeln können, und schafft einen Ort, an dem gesellschaftlicher Zusammenhalt tatsächlich stattfindet.

Wir stellen aber fest, dass sich das, was wir als Zivilgesellschaft bezeichnen, also der ganze Bereich der freiwilligen Zusammenschlüsse, der Vereine, der Verbände, seit einigen Jahren deutlich verändert. Meistens hat das mit der **fortschreitenden Individualisierung** zu tun. Das bedeutet, dass die Menschen sich mehr und mehr aus bestehenden sozialen Bindungen herauslösen.

Nicht die Engagementbereitschaft selbst hat abgenommen, sondern die Art und Weise, wie sich die BürgerInnen engagieren, hat sich verändert. Die großen Verbände, Gewerkschaften, die Kirchen und die etablierten Volksparteien haben an Bedeutung verloren.

- Die Zahl der Kirchenmitglieder ist zwischen 2006 und 2016 um rund fünf Millionen zurückgegangen.
- Die Mitgliederzahl der Volksparteien (CDU/CSU und SPD) ist im Vergleichszeitraum von insgesamt etwa 1,3 Millionen auf etwa eine Million Personen gesunken.

- Ebenso ging die Mitgliederzahl der im DGB organisierten Gewerkschaften im vergangenen Jahrzehnt von knapp 6,6 Millionen auf leicht unter sechs Millionen zurück – wenngleich sich die Abnahme in den letzten Jahren etwas verlangsamt hat.

Darüber hinaus sind die traditionellen Orte, in denen noch Menschen in Kontakt treten, segregierter geworden. Das bedeutet, dass die **Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt** sich verschlechtert haben. Dazu drei Beispiele:

Erstens im **Bildungssystem**: Kinder aus niedrigeren sozio-ökonomischen Schichten besuchen oft Schulen, in denen die anderen Schüler aus einem ähnlichen Umfeld wie sie selbst kommen. Das heißt, dass sie unter sich bleiben und deshalb insgesamt auch schlechter abschneiden. Und das, obwohl die PISA-Studie der OECD seit Jahren immer wieder darauf hinweist, dass Deutschland die Chancengleichheit im Bildungssystem unbedingt verbessern sollte. Flüchtlinge sind ebenfalls dazu gezwungen, unter sich zu bleiben. Das ergab eine Studie, in der sogar von „Apartheidschulen“ die Rede war. Es gibt mittlerweile reine „Ausländerklassen“, sodass sich natürlich die Frage stellt: Wie sollen Flüchtlinge sich integrieren, wenn sie vom Rest der Gesellschaft abgeschnitten werden? Darüber hinaus haben wir in Deutschland keine „Ausgangsgerechtigkeit“. Menschen mit niedrigem Bildungsstand werden immer stärker ausgegrenzt. Dass in Deutschland sozialer Aufstieg allein durch individuelle Anstrengung möglich ist, stimmt nicht. Die mangelnde Gerechtigkeit im Bildungssystem führt außerdem dazu, dass die Schulen immer weniger jene „Kontaktstellen“ sind, an denen der gesellschaftliche Zusammenhalt hergestellt wird.

Zweitens gibt es auch am **Arbeitsplatz** immer weniger Kontakt zu Menschen, die andere sozio-ökonomische, kulturelle Hintergründe haben als man selbst. Flüchtlinge dürfen beispielsweise in Deutschland in der Regel nicht arbeiten, obwohl wir gerade einen starken Fachkräftemangel haben. In Zukunft wird dieser Mangel noch verstärkt durch den demografischen Wandel. Theoretisch brauchen wir Migration und Integration am Arbeitsplatz, wenn Krankenhäuser und Pflegeheime funktionieren sollen und wir kein Loch in unser Rentensystem schlagen wollen. Das bedeutet, dass wir ein starkes Interesse daran haben sollten, MigrantInnen in Deutschland gut zu integrieren und sie willkommen zu heißen.

Drittens gibt es in unserer unmittelbaren **Nachbarschaft** Veränderungen, die dazu führen, dass wir immer weniger Kontakt zu anderen Gesellschaftsschichten haben. Im ländlichen Raum verlassen viele junge Menschen ihre Dörfer, um in die Stadt zu ziehen. Dadurch werden die ländlichen Räume homogener, häufig mit einer weniger stark ausgeprägten Zivilgesellschaft (was auch dazu führen kann, dass sich rechtsextreme Strukturen dort leichter entwickeln.) Die „Gentrifizierung“ in Groß- und Kleinstädten vertreibt ärmere BewohnerInnen aus den Innenstädten und macht auch diese homogener, obwohl die Gesellschaft insgesamt vielfältiger wird. Durch die Mietpreise werden Menschen in Gemeinschaften aufgeteilt. Die Menschen wohnen an Orten, wo die Bildungshintergründe, politischen Ansichten und Werte relativ homogen sind. Wie sich das politisch auswirkt, ist klar: Im Wahlkreis München-Mitte sind die Grünen mittlerweile bei 44%. In den strukturschwachen Gebieten der Oberpfalz punkten ganz andere Parteien.

Der zunehmenden **sozialen Segregation** entgegenzuarbeiten, ist eine dringende politische Aufgabe. In diesem Zusammenhang sind zwei soziopsychologische Mechanismen von Bedeutung: Es ist bewiesen, dass Menschen, die weniger Kontakt zu Migranten haben, eher rechtsextrem wählen, weil sie Angst vor dem haben, was sie nicht kennen. Im Gegensatz dazu führt persönlicher Kontakt mit Flüchtlingen zu differenzierteren Positionen. Die sogenannte „Kontakttheorie“ hat gezeigt, dass nichts größeres Potenzial für den Abbau gruppenbezogener Vorurteile hat als der „Kontakt“ zwischen Menschen, die sich als Angehörige *unterschiedlicher* Gruppen wahrnehmen.

Faktoren, die den sozial integrativen Kontakt fördern:

- Wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft kooperieren im Hinblick auf ein *gemeinsames* Anliegen;
- Wenn die Kooperation erfolgreich ist, das heißt, wenn die gemeinsamen Ziele tatsächlich erreicht werden;
- Wenn der Kontakt dabei möglichst auf Augenhöhe stattfindet und die unterschiedliche Herkunft sich nicht hierarchisch ausdrückt;
- Wenn der (institutionelle) Rahmen, in dem man sich begegnet (die Firma, die Institution etc.), diesen Kontakt wünscht und unterstützt.

Was die „Orte der Begegnung“ angeht, kann man zusammenfassend festhalten: Wir benötigen Dialog- und Begegnungsräume für BürgerInnen jeden Alters, Geschlechts, sozioökonomischer Herkunft, religiöser und ethnischer Zugehörigkeit.

THESE 4: DEMOKRATIE BRAUCHT SOZIALEN ZUSAMMENHALT

Sozialer Zusammenhalt muss über tägliche Prozesse hergestellt werden. Er ist also etwas, wofür wir aktiv arbeiten müssen, damit dieser existiert. Doch wie drückt sich sozialer Zusammenhalt aus?

Die Bereitschaft zur Solidarität mit anderen Menschen ist ein wichtiger Ausdruck von **Zusammenhalt**. Umgekehrt ist auch Solidarität eine wichtige Funktion von Zusammenhalt.

Genauso wichtig ist Vertrauen in Institutionen und Vertrauen zu anderen Mitmenschen. Das Vertrauen ist zentral für die Kooperationskultur in einer Gesellschaft: Ich muss und soll einer Ärztin oder einem Arzt vertrauen, auch wenn sie oder er einer anderen religiösen oder ethnischen Gruppe angehört – das gilt übrigens für beide Seiten. Ebenso gilt es bei einem Lehrer bzw. einer Lehrerin, Beamten in der Verwaltung oder einem Bürgermeister bzw. einer Bürgermeisterin, ungeachtet ihrer Gruppenzugehörigkeit.

In jüngster Zeit ist ein großer Verlust an Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse eingetreten. Das ist eng mit der Individualisierung und Fragmentierung der Gesellschaft verbunden. Auch rechte Kräfte versuchen immer mehr, eine „Ideologie der Spaltung“ voranzutreiben - d.h. die neuen Konfliktlinien zwischen „offener“ und „geschlossener“ Gesellschaft zu unterstreichen. Je mehr die Polarisierung auf identitätsstiftenden Werten basiert, umso schwerer wird es, wieder gemeinsame Werte aufzubauen, auf denen eine (politische) Gemeinschaft basiert. Es entstehen „in-groups“ und „out-groups“, die den Pluralismus unserer Gesellschaft nicht stärken, sondern schwächen. Um diese verlorene Solidarität und Vertrauen wiederzugewinnen, müssen wir **gegen die Fragmentierung** ankämpfen, die wir in unserer Gesellschaft beobachten können. Dafür gibt es einige Lösungsansätze.

ANSÄTZE ZUR STÄRKUNG DES SOZIALEN ZUSAMMENHALTS

a) Integrative Politikansätze fördern

Zuallererst brauchen wir mehr integrative Politik. Darunter sind folgende Punkte zu verstehen:

- Die Politik muss stärker darauf hinarbeiten, eine gerechtere politische Teilhabe herzustellen und die Repräsentationslücke zu schließen, die zu Frustration und Politikverdrossenheit führt – und sich zuletzt Auswege in Populismus und Autoritarismus sucht.
- Ein bedeutender Wandel müsste hier bei den Volksparteien stattfinden, die immer weniger politische Meinungen zusammenzuführen. Parteien, die nur monothematisch agieren, können diese Rolle nicht übernehmen.
- Es muss der Politik wieder gelingen, die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft einzudämmen. Das müsste auch zunehmend auf europäischer Ebene gelingen. Ein Beispiel: Apple zahlt in Europa kaum Steuern und hat seinen Sitz in Irland. Damit verlor die EU von 2015 bis 2017 ca. 21 Milliarden Euro. Dieses Geld muss durch andere Steuereinnahmen wettgemacht werden. Ein Land wie Deutschland kann gegen Apple kaum etwas ausrichten – für Apple sind 500 Millionen potenzielle Kunden viel wichtiger als nur 80 Millionen. Das Verhandlungsgewicht der EU ist also ein ganz anderes – und kann so die BürgerInnen, und die Mitgliedstaaten viel besser schützen. Eine Digitalsteuer beispielsweise müsste also mindestens auf EU-Ebene durchgesetzt werden, damit diese auch effektiv sein kann.

„Eine globalisierte Wirtschaft lässt sich mit nationaler Umwelt- und Sozialpolitik nur schwer bändigen.“

Wir sehen: Unternehmen agieren transnational. Sie suchen sich die besten juristischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards sind für solche Unternehmen zweitrangig.

Wenn wir eine starke europäische Wirtschaft wollen, gleichzeitig aber auch hohe Umwelt- und Sozialstandards beibehalten möchten, dann müssen wir dringend auf EU-Ebene Umwelt- und Sozialpolitik umsetzen. Denn eine globalisierte Wirtschaft lässt sich mit nationaler Umwelt- und Sozialpolitik nur schwer bändigen.

Um diesen politischen Wandel herbeizuführen, bräuchte man nicht nur eine Demokratisierung der EU, sondern auch einen Wandel in den herkömmlichen Denkmustern. Diese bestehen vor allem darin, dass Globalisierung bisher als inkompatibel mit Umwelt- und Sozialpolitik verstanden und deshalb auf eine „Renationalisierung“ gepocht wird.

Die Transformationen wie Digitalisierung und Globalisierung, mit denen wir konfrontiert sind, lassen sich allerdings nicht aufhalten. Die Politik hat die Aufgabe, diese Transformationen *sowohl sozial als auch* ökologisch zu gestalten: durch Infrastrukturmaßnahmen, gerechte Besteuerung, soziale Unterstützung, usw. Sonst läuft man Gefahr, wie in Frankreich Gelbwesten auf den Plan zu rufen – also Wut, Ärger, Gewalt, Randalen. Die „gilets jaunes“ haben ein Ausmaß angenommen, das nicht vorherzusehen war. Auch wenn ihre Mittel, Äußerungen und Positionen teilweise abzulehnen sind, müssen die Gründe für ihren Protest dennoch als legitim angesehen werden. Es ist ungerecht, wenn die ärmeren Franzosen die Hauptlast für die Umwelt tragen müssen. Stattdessen sollten die Kosten des Klimaschutzes gerecht verteilt werden.

b) Eine Werteklammer finden

Schließlich müsste gesamtgesellschaftlich die Frage gestellt werden, ob und wie sich in einer vielfältigen Gemeinschaft eine inklusive gemeinsame Werteklammer finden lässt. Eine bloße Berufung auf die demokratisch-freiheitliche Grundordnung ist nicht ausreichend, denn diese Ordnung gab es bereits in den 1950er Jahren – und zu dieser Zeit war es noch legal, Frauen in der Ehe zu vergewaltigen. Die Frau durfte auch nur arbeiten, „*soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar*“ war (Bürgerliches Gesetzbuch 1976). Eine Werteklammer sollte also auch die Rechte und Freiheiten beinhalten, die mit den Emanzipationsbewegungen der letzten Jahrzehnte hart erkämpft worden sind.

„Eine gemeinsame Werteklammer bedeutet auch, die Fortschritte der Gesellschaft zu festigen und gesellschaftliche Rückschritte zu verhindern.“

Eine gemeinsame Werteklammer bedeutet, die Fortschritte der Gesellschaft zu festigen und Rückschritte hinter bereits Erreichtes zu verhindern. Das bedeutet auch, dass wir uns überlegen müssen, welche Werte der jetzigen Gesellschaft wir für die Zukunft mitnehmen und von welchen Ideen wir uns verabschieden möchten.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch die Frage stellen, welchen Beitrag der Liberalismus zu unserem gesellschaftlichen Zusammenleben leistet und über die vergangenen Jahrzehnte geleistet hat. Liberalismus hat uns sicherlich einerseits Toleranz, Offenheit und Vielfalt gebracht. Er hat aber auch zu einer Individualisierung der Gesellschaft geführt und wirtschaftlich dazu beigetragen, dass Ungleichheit zugenommen hat. Die Prinzipien von Toleranz, Offenheit und Vielfalt sollten wir beibehalten. Gleichzeitig wäre es aber wünschenswert, wieder mehr gemeinschaftliche Orientierung zu finden.

Auf der individuellen Ebene erfordert die Herstellung von gesellschaftlichem Zusammenhalt von uns allen ein sozial orientiertes Verhalten. Das bedeutet: Eigennutz und partikuläre Gruppeninteressen hintenanstellen und die Freiheiten des Nächsten respektieren, soweit diese uns nicht selbst beeinträchtigen. Nur so können wir ein friedliches und gerechtes Zusammenleben auf Dauer ermöglichen.

c) Raus aus der Komfortzone

Allen BürgerInnen sollte man darüber hinaus nahelegen, immer wieder aus ihren Milieus und Komfortzonen herauszutreten und in allen nur erdenklichen Situationen bewusst den Kontakt zu Menschen anderer Gruppen zu suchen: an der Bushaltestelle, im Supermarkt, im Treppenhaus, in der Nachbarschaft. Also wie es das „Deutschland spricht“-Projekt von „Zeit Online“ vorlebte, aber nicht nur ein Wochenende, sondern 365 Tage im Jahr. Solche Projekte zur Herstellung von sozialem Zusammenhalt sollten noch stärker von Bund und Ländern gefördert werden.

Aus der Komfortzone austreten bedeutet auch, die Fähigkeit zu entwickeln, zuzuhören und eine konstruktive Debattenkultur zu pflegen – gegen die Verrohung des öffentlichen Diskurses. Das ist in der Theorie einfach, in der Praxis schwer. Viele Diskussionen enden heutzutage schnell in unsachlichen Debatten, in denen persönlich angegriffen statt differenziert argumentiert wird.

d) Bündnisse schaffen

Schließlich brauchen wir Bündnisse von Menschen, die nicht unbedingt die gleichen Interessen haben. Bestes Beispiel dafür ist die Gruppe der „Lesbians and Gays Support the Miners“ (LGSM), eine Gruppe schwuler und lesbischer AktivistInnen in England im Jahr 1984 während der Regierungszeit von Margaret Thatcher und des britischen Bergarbeiterstreiks. Die Schwulen- und Lesbenbewegung setzte sich damals für streikende Bergleute ein und sammelte Geld für deren Kampf gegen die Schließungen des Kohlebergbaus in Wales. Das war bis dahin vollkommen unüblich. Bergleute vertraten traditionelle Familienwerte und hielten wenig von offen schwulen Männern und lesbischen Frauen. Umgekehrt konnten die Schwulen und Lesben wenig mit den Bergbauarbeitern anfangen. Zwar wurden trotz des zusätzlichen Geldes durch die Schwulen- und Lesbenbewegung der Bergbau geschlossen und die Gewerkschaften zerstört; doch die Zusammenarbeit brachte einen kleinen, aber wichtigen Fortschritt: Bei den Verhandlungen zum nächsten Parteiprogramm der Labour-Partei, die die traditionelle Arbeiterklasse vertrat, setzten sich die Bergleute für die Schwulen- und Lesbenrechte ein. Das war in der Geschichte der Labour-Partei einmalig. So wurden neue politische Rechte erlangt für eine Gruppe, die davor auch innerhalb der Labour-Partei diskriminiert wurde. Fortschritt erreicht man folglich nur dann, wenn weniger auf Partikularinteressen gepocht wird und wenn man stattdessen zusammen an einem Strang zieht.

4 Ansätze zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts:

- Integrative Politikansätze fördern
- Eine Werteklammer finden
- Aus der Komfortzone heraustreten
- Bündnisse schaffen

THESE 5: DEMOKRATIE BRAUCHT POLITISCHES ENGAGEMENT

Der jetzige politische Status quo ist nicht nachhaltig und wird daher auch nicht von Dauer sein. Der Klimawandel schreitet weiter voran, genauso der technologische Wandel, und unser politisches System wird sich früher oder später ebenfalls verändern müssen, um sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Frage ist nur, wie schnell unser politisches System diesen Wandel vollziehen kann. Dass wir mit einem strukturellen Problem konfrontiert sind, ist offensichtlich: Unser politisches System und die heutige Gesellschaft haben Rechtspopulismus hervorgebracht. Das bedeutet letztlich auch, dass die Politik – und wir als Gesellschaft – grundlegende Fehler gemacht und sie nicht behoben hat. Viele wehren sich jetzt dagegen, indem sie störrisch darauf pochen, dass man die Demokratie in ihrer jetzigen Form nun einfach entschiedener verteidigen sollte. Demokratische Werte sollten wir unbedingt verteidigen. *Gleichzeitig* brauchen wir aber auch dringend **neue Ideen und strukturelle Reformen**, damit der Rechtspopulismus nicht noch stärker wird. Diese Reformen müssen politisch ausgehandelt werden – möglichst mit einer großen Teilhabe der BürgerInnen, um die Legitimität zu erhöhen.

Durch die aktuelle politische Lage wird das keine leichte Aufgabe, denn politische Präferenzen haben sich stark polarisiert und bewegen sich nun entlang neuer Konfliktlinien. Neben „links vs. rechts“ gibt es mittlerweile Anhänger einer „offenen Gesellschaft“, die auf liberalen Werten basiert, und Anhänger einer „geschlossenen Gesellschaft“, die auf nationalistische Werte setzt. Auch die politischen Parteien stellen sich zunehmend entlang dieser **neuen Konfliktlinie** auf. Die Präsidentschaftswahl 2017 in Frankreich hat diese neue Bruchlinie eindrucksvoll sichtbar gemacht. Auf der einen Seite stand Macron als Befürworter einer „offenen Gesellschaft“, auf der anderen Marine Le Pen als Vertreterin eines „geschlossenen“ Frankreichs. Das ist keine wünschenswerte Entwicklung. Wenn wir verhindern wollen, dass es in der Mitte nur einheitliche Politikinhalt sowie technokratisch verwaltende Personen und an den Rändern nur noch politische ExtremistInnen gibt, dann müssen sich alle BürgerInnen stärker politisch engagieren und dafür sorgen, dass es einen größeren politischen Pluralismus *innerhalb* des demokratischen Raumes gibt.

Dafür müssen wir auf organisationaler Ebene die Verbindungen zwischen politischen Parteien und organisierter Zivilgesellschaft neu aufstellen, damit die Forderungen der Bevölkerung besser in den Parteien repräsentiert werden. Das bedeutet auch, dass sowohl Parteien als auch die Zivilgesellschaft sich viel besser aufstellen müssen für die Zukunft. Ein Beispiel: Statt sich zu beschweren, dass Sozialpolitik auf EU-Ebene zu niedrigeren Sozialstandards in Deutschland führen könnte (was nie bewiesen wurde), sollte man sich überlegen, wie man in ganz Europa einen übergreifenden und starken Arbeitnehmerschutz einführt, der nicht die existierenden Standards in einigen Mitgliedstaaten herabstuft, sondern die Mindeststandards überall in den EU27 hebt. Denn fest steht, dass die nationale Ebene in der Zukunft wenig Handlungsspielraum haben wird, um internationale Konzerne zu regulieren oder den Klimawandel zu bekämpfen. Gleichzeitig sollten bestimmte Freiheiten und Vorteile, die uns die EU gebracht hat, wie beispielsweise Freizügigkeit, nicht eingeschränkt werden, nur weil die Politik nicht in der Lage ist, ihre BürgerInnen vor den Kehrseiten der Globalisierung zu schützen.

Auf individueller Ebene ist **politisches Engagement** gefragt – ob in Parteien, durch Wahlbeteiligung oder Engagement im „vorpolitischen Raum“, beispielsweise in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden oder Umweltverbänden. Als Deutsche und EuropäerInnen müssen wir uns konstant mit der Frage der demokratischen Inklusion auseinandersetzen – und den Grenzen der Demokratie. Diese Frage lässt sich mit den gegebenen Institutionen nicht von selbst lösen, sondern muss in einem dauerhaften Prozess neu gestellt werden. Die Frage nach der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft muss vom Volk selbst bestimmt werden, auf der Basis des Grundgesetzes und demokratischer Werte.

Schließlich geht es auch darum, unser **Verständnis von Demokratie** wieder zu stärken. Wir dürfen uns nicht dem Glauben hingeben, dass Demokratie wie ein Unternehmen gemanagt werden kann oder dass BürgerInnen einfach als Verbraucher von einem Sortiment an „Politik-Produkten“ auswählen können. So erklärt die Geschichtswissenschaftlerin Hedwig Richter: *„Demokratie ist kein Highway zum Glück, sie ist keine Feier ewiger Harmonie, sondern muss immer wieder ausgehandelt und erstritten werden.“*

Fest steht, dass nur mit starkem politischen Engagement möglichst vieler BürgerInnen entschieden werden kann, welche Form die Demokratie von morgen annehmen wird - und welche Werte wir als Gemeinschaft vertreten möchten.

„Demokratie ist kein Highway zum Glück, sie ist keine Feier ewiger Harmonie, sondern muss immer wieder ausgehandelt und erstritten werden.“

- Hedwig Richter

IV. Schlussfolgerung

Es ist die Aufgabe der derzeitigen EntscheidungsträgerInnen, die Rahmenbedingungen für eine **Demokratie von morgen** zu schaffen. Gleichzeitig sollten alle BürgerInnen ihre Forderungen im politischen Raum einbringen und gemeinsam überlegen, welche Art der Demokratie sie sich für die Zukunft wünschen, um allen ein möglichst gutes Leben zu ermöglichen. Dafür bedarf es allerdings auch der Fähigkeit, sich die Zukunft vorzustellen - gepaart mit politischem Mut.

In den nächsten Jahren wird sich herausstellen, welche Form die Demokratie in Deutschland, aber auch in unseren Nachbarländern, annehmen wird. Ob illiberale und autoritäre Tendenzen zunehmen werden oder ob eine Öffnung des politischen Raums stattfinden wird, aus der sich die Demokratie weiterentwickeln kann, bleibt offen.

Demokratie braucht:

- ... eine wertegeleitete Zivilgesellschaft
- ... Generationengerechtigkeit
- ... Orte der Begegnung
- ... sozialen Zusammenhalt
- ... politisches Engagement

Die Autorin



Sophie Porschlegel ist Projektmanagerin bei *Das Progressive Zentrum* im Programmbereich „Zukunft der Demokratie“. Dort beschäftigt sie sich u. a. mit Projekten zu Repräsentation, politischer Teilhabe und Parlamentarismus in Europa. Ehrenamtlich engagiert sie sich als Vorstandsmitglied beim Grassroots-Thinktank für Europa- und Außenpolitik *Polis180*. Sie war zuvor in einer Public-Affairs-Beratung, in der politischen Abteilung der Vertretung der europäischen Kommission in Berlin sowie bei einem Labour-Abgeordneten im britischen Parlament tätig. Sophie hat Politikwissenschaft und „European Affairs“ an der *Sciences Po Paris*, dem *King's College London* und der *London School of Economics (LSE)* studiert.

Das Democracy Lab von Das Progressive Zentrum

Das Democracy Lab ist die Plattform für demokratische Innovationen bei *Das Progressive Zentrum*.



Das Lab vernetzt und fördert Projekte, die Herangehensweisen und praktische Lösungsansätze für die Innovation der liberalen Demokratie und die Stärkung politischer AkteurInnen und Institutionen entwickeln. Die Projekte im Lab sind interdisziplinär und international und werden in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen realisiert.

Das Democracy Lab beschäftigt sich mit dem Thema Repräsentation im Wandel im Rahmen des Projekts „*Democracy 2025: Demokratische Innovationen für eine Gesellschaft im Wandel*“, gefördert durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht *Das Progressive Zentrum* besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „*Zukunft der Demokratie*“, „*Strukturwandel*“ sowie „*Internationale Beziehungen*“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.



Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von *Das Progressive Zentrum* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2019

Ausgabe: Juni 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Redaktion: Paul Jürgensen, Hannah Nicklas, Vincent Venus
Design: 4S & Collet Concepts
Layout: Daniel Menzel

Wir denken weiter.